

"Prekäre" Beschäftigung

„und die Folgen“ – damit ist das Thema zu eng gefasst, denn was ist überhaupt „prekäre Beschäftigung“? Warum gibt es so was überhaupt? Ist das „alternativlos“ oder kann / muss man da was tun?

Was ist eigentlich "prekär"?	1
Wie wirkt sich eine solche unsichere Beschäftigung aus?	1
Kann es das in einem reichen Land wie Deutschland überhaupt geben?	1
Was zeigen die Fakten?	2
Warum ist das so?	3
Was tut "die Politik"?	5
Wie ist das in Heilbronn?	6
Was könnte getan werden - auf europäischer bzw. Bundesebene?	6
Was könnte getan werden - in Heilbronn	6

Was ist eigentlich "prekär"?

Je nach dem Zusammenhang und der Sprechsituation können wir heute statt „**prekär**“ auch „**schwierig**“ oder „**misslich**“ oder „**peinlich**“ oder „**heikel**“ oder „**bedenklich**“ sagen. All diese Wörter sind sinnverwandt (synonym). Das Fremdwort „**prekär**“ geht auf das lateinische „**precari**“ zurück, was so viel wie „**bitten**“ oder „**beten**“ oder „**betteln**“ bedeutet.

Wer heute einen Antrag auf staatliche Hilfe stellt, hat es grundsätzlich nicht mehr nötig, darum zu bitten. Es genügt, sich auf die entsprechende gesetzliche Regelung zu berufen. Dennoch haftet der „**peinliche**“ **Bittsteller**-Status an einem, der auf eine solche Hilfe – auch „**Stütze**“ genannt – angewiesen ist.

Doch so viel anders kann auch Angestellten mit einem Arbeitsvertrag nicht zumute sein, der nur ein **befristeter** ist, oder dessen Arbeit **unterbezahlt** ist und/oder das Entgelt zusätzlich auf Aufstockung durch den Staat angewiesen ist, also ein **Leben in Würde** nicht sichert.

Eine solche **Unsicherheit** ist ähnlich prekär (französisch „**précaire**“ = unsicher) wie die Misslichkeit derer, die ihr **Existenzminimum** zu beantragen haben.

Wie wirkt sich eine solche unsichere Beschäftigung aus?

Da die Auswirkungen Schwerpunkt der heutigen Podiumsdiskussion sind, soll an dieser Stelle nicht näher darauf eingegangen werden. Aber klar ist:

- Unsichere Beschäftigung ist mit einem hohen Risiko behaftet psychisch und körperlich zu erkranken.
- Darüber hinaus steigt die Gefahr der Altersarmut bei den Betroffenen extrem.
- Der gesellschaftliche Schaden, wie die generelle Verrohung, lässt sich nur schwer beziffern.

Aber ...

Kann es das in einem reichen Land wie Deutschland überhaupt geben?

Eigentlich nicht, denn Artikel 20 des Grundgesetzes legt fest, dass die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer und **sozialer** Bundesstaat ist. Artikel 1 legt fest, dass die **Würde des Menschen** unantastbar ist.

Die Menschenrechts-Charta der Vereinten Nationen gibt in Artikel 23 jedem Menschen das **Recht auf Arbeit** und auf **gerechte** und **befriedigende Arbeitsbedingungen**, wobei jeder das Recht auf **gleichen Lohn für gleich Arbeit** hat und die **Entlohnung gerecht und befriedigend** zu sein hat um ihm und seiner Familie eine der **menschlichen Würde entsprechende Existenz** sichert.

Doch ist das so umgesetzt, oder wird an der Umsetzung gearbeitet? Eher nicht, denn ...

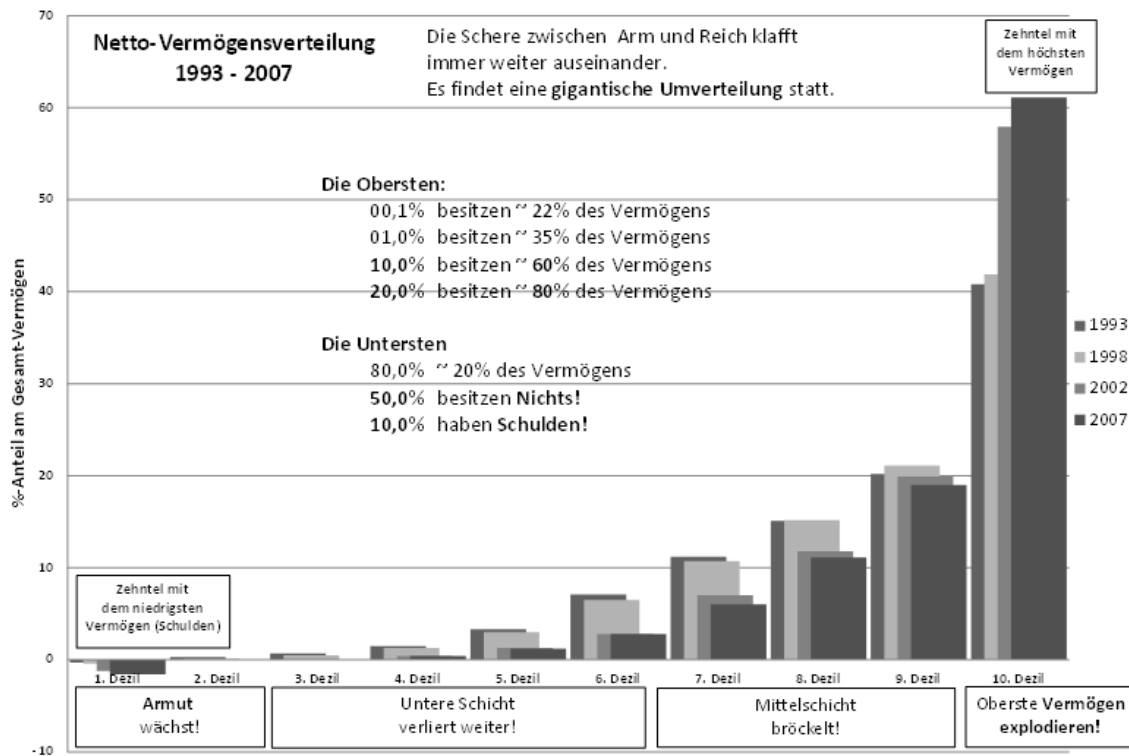
Was zeigen die Fakten?

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Dazu folgend drei Grafiken zu

a) Vermögensverteilung, b) Arbeitslosigkeit und c) Niedriglöhnen

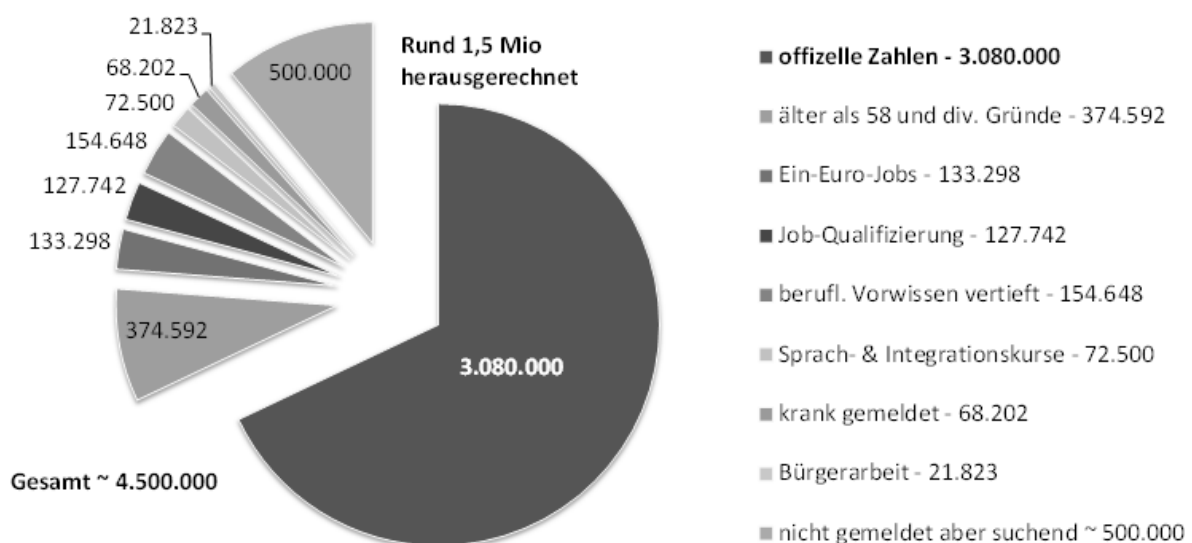
a) Vermögensverteilung

Die oberen Vermögen explodieren, der Mittelstand verliert ständig, Armut und die Zahl der Bürger in den unteren Einkommenschichten wachsen.



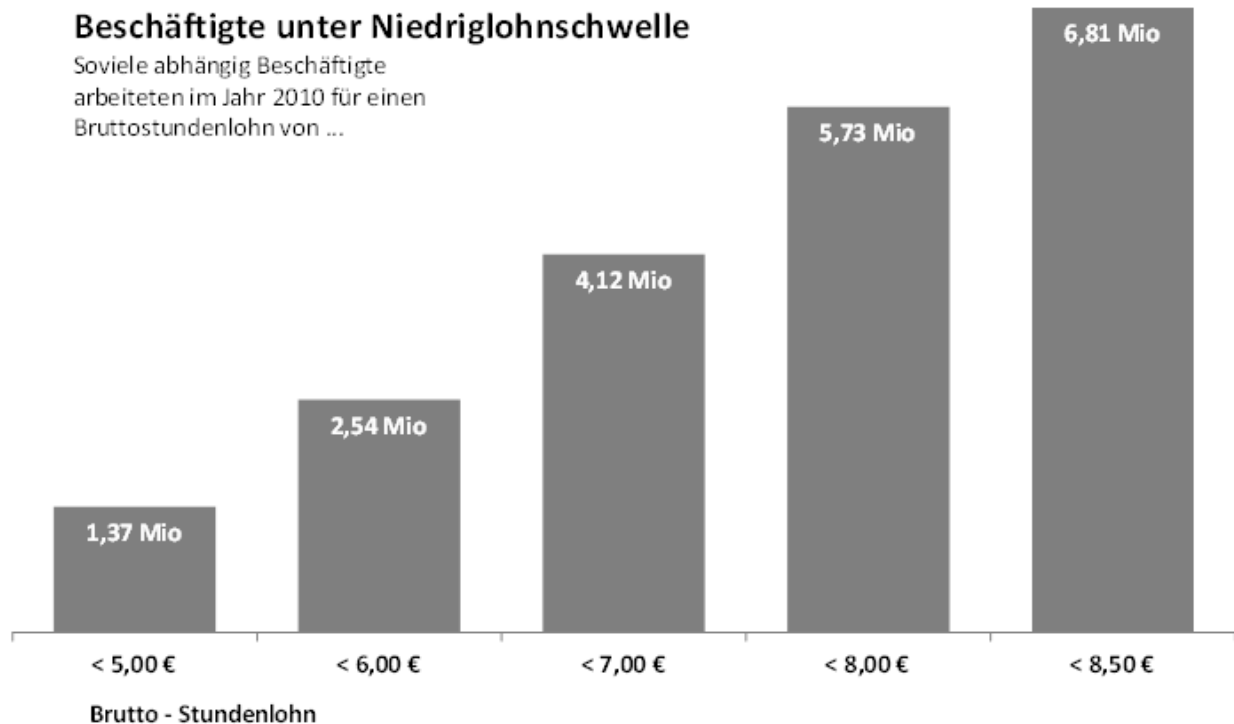
b) Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenzahlen werden durch statistische Tricks und Definitionsänderungen geschönt



c) Niedriglöhne

Die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich steigen stetig!



Warum ist das so?

Der Vormarsch des Neoliberalismus

Seit über zwei Jahrzehnten ist die neoliberale Umformung der Gesellschaft weltweit in vollem Gange. Es findet eine Umverteilung von unten nach oben statt. Reiche werden immer Reicher, auf Kosten einer zunehmend verarmenden Mittel- und Unterschicht. Doch was zeichnet diesen „Neoliberalismus“ aus.

1. Privatisierung

möglichst aller öffentlicher Güter und Räume. Privater Profit soll Gemeinwohl übergeordnet sein. „Alles was Profit bringen kann, kann privat ohnehin „besser“ betrieben werden.“

2. Deregulierung

Abbau staatlicher Vorschriften und Kontrollmechanismen (Stichwort „Finanzmärkte“). „Die Märkte regulieren sich selbst – der Staat soll sich raushalten!“

3. "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes

Leiharbeit (Werkverträge), Abbau Kündigungsschutz, Kündigung von Flächentarifverträgen, "flexiblere" Arbeitszeitregelungen

4. Abbau demokratischer Strukturen

Die Konzentration von Macht und Kapital in den Händen immer weniger Menschen und Firmen. Durch diesen Konzentrationsprozess **wird Kapital - und politische Macht - massiv umverteilt. Weg von der Mittelschicht zu einer kleinen, sehr mächtigen Elite aus Eignerfamilien, Industrieklans, Großaktionären und führenden Managern.** Diese nutzen die neue Macht: Über politische Thinktanks, persönliche Kontakte, Lobbygruppen, Parteispenden und nicht zuletzt Bereitstellung von „Fachexperten“ für die Politik stellen sie sicher, dass die neoliberale Agenda politisch weiterhin das Maß aller Dinge bleibt – egal, welche Partei oder Person gerade „offiziell“ an der Regierung ist. Hierdurch bleibt von demokratischen Strukturen und Institutionen nur noch eine leere Hülle: Es wird diskutiert, Wahlen aufwändig inszeniert – doch eine ernsthafte Abkehr vom neoliberalen Kurs steht niemals zur Debatte – egal wie die

Wahl ausfällt. Immer mehr Menschen merken, dass es praktisch keine Rolle mehr spielt, ob sie zur Wahl gehen oder wen sie wählen und wenden sich resigniert von der Politik ab.

5. Gewinne privatisieren - Verluste sozialisieren

Gesellschaftliche Schäden, die aus „ökonomischer“ Aktivität resultieren werden gerne der Allgemeinheit aufgebürdet – die entsprechenden Gewinne bleiben natürlich in Privatbesitz. Beispiele: Atomkraft, Finanzkrise, Umweltzerstörung

6. Vermögenssteuer runter - Mehrwertsteuer rauf

Ein Kernkonzept nahezu aller Neoliberaler ist die geradezu zwanghafte Absenkung von Steuersätzen (!). Gemeint ist hiermit aber nur die Reduzierung von (direkten) Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern. Die dadurch entstehenden Steuerausfälle sollen meist durch Erhöhung der indirekten Steuern und Abgaben – wie etwa der Mehrwertsteuer – wieder kompensiert werden. Hierdurch kommt es zu einer starken Mehrbelastung der unteren Einkommenschichten zugunsten von Großverdienern. **Alternativ kann man natürlich auch die Infrastruktur verrotten lassen und die Sozialsysteme abbauen** – was jedoch wiederum den Vorteil hätte, dass man **privaten Anbietern neue Geschäftsfelder eröffnet** („Die gesetzliche Rente reicht leider, leider nicht mehr. Investieren Sie noch heute in eine private Zusatzversicherung!“).

7. Endstation: Nachtwächterstaat

Neoliberale fordern keinesfalls einen durchweg schwachen Staat, sondern lediglich einen schwachen Sozialstaat. Für die Durchsetzung der gewünschten Ordnung und der entsprechenden Gesetze (Schutz des Eigentums usw.) wird hingegen ein starker, autoritärer Staat bevorzugt, der die ökonomischen Interessen der Kapitaleigner im Zweifelsfall gegen die Bevölkerungsmehrheit verteidigt. Wer sich diesen in den Weg stellt, wird medial, juristisch und notfalls mit Gummigeschossen und Tränengas davon überzeugt, dass der eingeschlagene Weg vernünftig, hoch demokratisch und **alternativlos** ist.

Deutschland als Testfall für Europa

Warum wurde der Arbeitsmarkt in Deutschland mit den Hartz-Reformen (Hartz I-IV) und den jetzigen Rahmenbedingungen der Leiharbeit liberalisiert?

Ging es dem Gesetzgeber bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe darum, dass Sozialhilfeempfänger durch die BA besser vermittelt werden sollten?

Nein, das Ziel der Einführung von Hartz I-IV und der jetzigen Rahmenbedingungen der Leiharbeit ist der Aufbau des größten Niedriglohnssektors in der EU!

Bundeskanzler Schröder am 28.01.2005 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos:

*...Wir müssen und wir haben unseren **Arbeitsmarkt liberalisiert**. Wir haben einen der besten **Niedriglohnssektoren** aufgebaut, den es in Europa gibt. (...)*

*Wir haben einen funktionierenden Niedriglohnsektor aufgebaut, und wir haben bei der Unterstützungszahlung Anreize dafür, Arbeit aufzunehmen, sehr stark in den Vordergrund gestellt. **Es hat erhebliche Auseinandersetzungen mit starken Interessengruppen in unserer Gesellschaft gegeben. Aber wir haben diese Auseinandersetzungen durchgestanden**. Und wir sind sicher, dass das veränderte System am Arbeitsmarkt erfolgreich sein wird. (...)*

Warum soll es in Deutschland den größten Niedriglohnsektor in der EU geben?

Da Deutschland die größte Volkswirtschaft in der EU ist, wird damit die Lissabon-Strategie (**EU soll weltweit der beste Wirtschaftsstandort sein**) über das Schröder-Blair-Papier und die Agenda 2010 umgesetzt.

Deutschland ist ein Testgelände für diese Art der Arbeitsmarktliberalisierung in ganz Europa.

Wie kann man Menschen dazu drängen in einem Niedriglohnsektor zu arbeiten?

Indem man Menschen so wenig Geld lässt, das sie davon zwar überleben, aber nicht leben können. Herr Müntefering sagte dazu: **„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“**.

Dazu haben **SPD, Grüne, Union** und **FDP** zum 01.01.2005 das SGB II eingeführt, womit die alte Arbeitslosenhilfe auf das Sozialhilfeniveau vom 01.07.2003 gekürzt wurde.

Und es sei die Frage gestattet: **Wo sind denn all die Arbeitsplätze**, für die jemand bereit ist, so zu bezahlen, dass ein Leben in Würde möglich ist? → **Es gibt sie heute nicht!**

Dabei hätten wir Arbeit genug. Man bedenke nur den Personalmangel im Gesundheitsbereich oder in der Bildung. Oder gerade der Bereich der Pflege ist ein Arbeitsmarkt der Zukunft (Wir kommen alle noch an die Reihe!).

Ganz zu schweigen von „verrückten“ Ideen wie Grundeinkommen, Arbeitszeitverkürzung und flexibler Arbeitszeit zum Vorteil der Menschen (Sabbatjahr, Vorruhestand).

Doch ...

Was tut "die Politik"?

Offensichtlich nichts! (zumindest nicht im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung). Die Trends über mehrere Jahre sind eindeutig zum Nachteil der Bürger.

Es sei die Frage gestattet, ob „die Politik“ eigentlich noch im Sinne der Bevölkerungsmehrheit handlungsfähig beziehungsweise -willig ist.

Ein Beispiel: Merkel, ZDF: Berliner Runde, 29.09.2009: **„Wann kann eine Bank, oder, kann eine Bank einen Staat erpressen, was wir ja leider erlebt haben. Und das wird es in Zukunft nicht mehr geben.“**

Ein Irrtum beziehungsweise Falschaussage, denn das gibt es nachweisbar weiterhin, wenn nicht sogar noch stärker. Natürlich nehmen nicht nur Großbanken Einfluss auf die Regierungsparteien (siehe oben unter „Neoliberalismus“). Dass diese Interessensgruppen sehr erfolgreich arbeiten zeigen die Fakten:

- Die Arbeitnehmer müssen seit Jahren Real-Lohnverluste hinnehmen.
- Die Lohnstückkosten sinken weiterhin und „Deutschland“ exportiert auf Kosten der europäischen Nachbarn.
- Die sozialen Errungenschaften werden systematisch und kontinuierlich abgebaut
- Die Einnahmen des Staates werden weiter zugunsten von Unternehmen und Vermögenden aber auf Kosten der Bevölkerung gesenkt.
- Die Kommunen verarmen weiter und sollen so gezwungen werden ihr Tafelsilber zu versilbern (privatisieren).
- „Hilfe“ gibt es für die Banken und großen Vermögen – in diesem Fall, wird das neoliberale Dogma „vergessen“, dass die Märkte alles ohne staatliche Eingriffe regeln sollen. Aber wenn es um die Profite einer „elitären“ Minderheit geht, soll sich der Staat dann offensichtlich doch nicht heraushalten.
- Auch die großangelegten Rettungsschirme für Länder wie Griechenland, Italien, Spanien, (...) dienen vorrangig der Rettung von Profiten der Gläubiger aus der Finanzwirtschaft und nicht den Bürgern.

Wie ist das in Heilbronn?

Natürlich gehen diese Entwicklungen nicht spurlos an Heilbronn vorbei. **Aber das sollten zunächst die kommunalen Vertreter beantworten.**♦

Noch geht es Heilbronn „relativ“ gut - aber der Trend ist eindeutig und auch in Heilbronn werden die Schulden steigen, wenn sich nichts ändert! Hier ein kurzer Stichwort-Katalog:

- Siehe HSt-Artikel: HN mit höchstem Pro-Kopf-Einkommen (Starnberg abgehängt)
- Aber wenig später auch HSt-Artikel: HN hat auch höchste Anzahl an Privat-Insolvenzen
- Bedeutet: Auch in HN klafft die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander
- Auch für HN gilt – Die Lasten der Kommunen nehmen zu – aber die Einnahmen sinken
- Hohe Belastungen durch BuGa und Straßenbauvorhaben auf Kosten von Einsparungen in sozialen Bereichen wie z.B. Kindergärten und Schulen oder im sozialen Wohnungsbau.
- ...

Was könnte getan werden - auf europäischer bzw. Bundesebene?

Das sind ausgezeichnete Fragen, **die man unseren Vertretern im Bundestag stellen muss.** Sie sind dafür zuständig unser Gemeinwohl zu sichern - dann sollen Sie es auch tun!♦

Anhaltspunkte könnten unter anderem sein:

- Eine Finanztransaktionssteuer (aber eine echte, deren Erlöse sozialen Zwecken dienen!)
- Eine Abgabe auf große Vermögen
- Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Stärkung der gesetzlichen Kranken- und Rentenkassen
- Stärkung der Arbeitslosenversicherungen / Rücknahme Agenda 2010
- ...
- Grundeinkommen

Was könnte getan werden - in Heilbronn

Diese Frage sollte zunächst an **die kommunalen Vertreter** adressiert werden. Ansätze und Möglichkeiten gibt es - man muss es allerdings auch wollen!♦

Zum Beispiel nach außen gerichtet:

- Heilbronn muss sich mit anderen Kommunen gegenüber Land und Bund stark machen. Die rechtliche Stellung und Einflussnahme der Kommunen muss gestärkt werden um beispielsweise die Einnahmen der Kommunen wieder zu stärken
- ...

Und beispielsweise innerhalb der Kommune

- Stärkung der Angelegenheiten des Gemeinwohls - insbesondere des sozialen Bereichs. Eigeninitiative fördern
- Ausbau kommunaler Versorgung (Energie, Wasser, ...) statt Privatisierung
- ...

♦ Natürlich sind wir gerne bereit die Suche nach Lösungen und Alternativen zu unterstützen. Auch Sie sind herzlich eingeladen dabei mitzumachen!